

Erstein in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Abonnementpreis  
Der Jahrgang 1 Mark 60 Pf.  
pro Quartal.  
Kleiner Abonnement  
4 54 Pf.  
Anzeigen bei allen deutschen Postämtern  
in den 2. und 3. Classen, und auf den  
3. Monat besonders angenommen.  
Inserate  
Veranstaltungen zur Zeit 10 Pf.,  
sonst 15 Pf. pro Zeile und 30 Pf.  
pro Monat.

# Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Verlegungen  
erschien an alle Buchhandlungen und Buchhandlungen des In- und Auslandes.  
Hilf-Expeditionen.  
New York: Dr. Franz Jander, 177 Elm  
St. corner Broome. — Dr. Franz Jander,  
248 West — 37 St.  
Philadelphia: S. G. O. 508 North  
2d Street.  
J. B. N. E. box Charlotte & George St.  
Boston N. Y.: J. H. G. 215 Wash-  
ington St.  
Chicago: H. Konrath, 74 Clybourn-  
St.  
San Francisco: J. G. 418 O'Farrell St.  
London W.: W. H. G. 37A Prin-  
cess St. Leicester Sq.

Nr. 82.

Sonntag, 14. Juli.

1878.

**Parteienoffen! Laßt Euch nicht provo-  
zieren! Man will schießen. Die Reaktion braucht  
Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.**

## Lichte und „feierliche Augenblicke“.

Prinz Peter von Oldenburg, der sich gegenwärtig in Petersburg bei seinen kaiserlichen Verwandten befindet, gehört zu den eifrigsten Vertretern der Friedenspolitik und hat vor einiger Zeit an die Petersburger hohen Kreise ein autographirtes Memorandum erlassen, welches folgenden Wortlaut hat:

Es giebt feierliche Augenblicke im Leben der Nationen, es giebt solche nicht minder im Leben der Individuen. Besonders feierlich ist der gegenwärtige Augenblick, wo die Chefs der Cabinette und die Delegirten der Großmächte in Berlin zusammengetreten sind, um einem furchtbaren Kriege ein Ende zu machen und Europa einen soliden Frieden zu sichern, für welchen dasselbe ein gebieterisches Bedürfnis empfindet.

Unter sehr schmerzlichen Umständen findet diese Vereinigung statt. Die ganze Welt, erschreckt durch die entsetzlichen Ereignisse, die sich in Berlin vollzogen haben, fragt sich: Wohin gelangen wir; sollen wir einer wilden Vereinigung zur Beute werden, die sich die Internationale nennt und welche durch die Solidarität des Verbrechens dahin zielt, die Grundlagen der Gesellschaft zu erschüttern, die Throne und die Regierungen zu stürzen und die Religion zu vernichten. Die Ideen des Sozialismus verbreiten sich in erschreckenden Verhältnissen; und die Geschichte liefert uns den Beweis, daß man die Ideen nicht durch Ba-  
jonette bekämpfen kann, daß das Schwert der Gerechtigkeit die Schuldigen treffen, aber nicht die Keime verbrecherischer Ideen andröcken kann, daß, um diesen Zweck zu erreichen, es einer übereinstimmenden und gleichzeitigen Aktion aller Souveräne und Regierungen bedarf, welche durch Gottes Gnade an die Spitze der Nationen gestellt sind. Unglücklicherweise muß man gestehen, daß trotz der ganzen Verheertheit der Ideen des Sozialismus die Regierungen demselben Vorwande zur Unzufriedenheit durch das Uebermaß ihrer Forderungen liefern, unter denen die Blutsteuer diejenige ist, welche am Schwersten auf den Bevölkerungen lastet. Neben wir nicht von allen Schrecken des Krieges, welcher den Frauen die Wägen, den Kindern die Väter, den Familien die Söhne raubt, der so viele kräftige Arme dem Ackerbau und der Industrie entzieht, und welcher in kurzer Zeit die schönsten Regimenter, die aus der Blüthe der Bevölkerung bestehen, in Haufen von Leichen und Verwundeten umwandelt. Ist das das Christenthum? Ist das die Civilisation? Ist das das 19. Jahrhundert? Man ruft Wohlthätigkeitsanstalten und philanthropische Einrichtungen ins Leben, man gründet selbst Thierschuhvereine und man verurtheilt Menschen zur Schlichtbank! Es genügt also nicht, einen Frieden zu schließen, so ehrenvoll derselbe immer sein mag, wenn man den bewaffneten Frieden fortführt, welcher die Geißel aller Regierungen ist, weil er sie der Mittel beraubt, um dem Volke zu Hilfe zu kommen und die in der inneren Verwaltung unerlässlichen Verbesserungen eintreten zu lassen. Jede Regierung muß über eine respectable bewaffnete Macht disponiren, die ihren politischen und geographischen Positionen wie den Ueberlieferungen ihrer Geschichte entspricht; dieselbe abzuschaffen wäre eine verbrecherische und sinnlose Idee, aber das gegenwärtige System der Massenauhebung, welches von Robespierre erfunden ist, muß geändert werden. Die Wünsche und Gebete aller guten Menschen begleiten die großen Staatsmänner, welche sich in Berlin versammeln. Möchten ihre Bemühungen gelingen, um den Frieden, die Wohlfahrt Europas zu sichern, indem sie die Menschheit von der Geißel des Krieges befreien, dadurch werden sie sich in der Geschichte unsterblich machen und die Nachwelt wird sie segnen.

So das Memorandum des Prinzen.

Es ist klar, daß der hochgeborene Prinz die Bestrebungen der „wilden Vereinigung“, welche Throne und Regierungen stürzen und die Religion vernichten will, gar nicht kennt, daß er nur die landläufigen Redensarten, wie sie über die Sozialdemokratie durch die feile, bezahlte Presse in die Welt gesetzt worden sind, ausspricht — und deshalb sei ihm verziehen; aber auch deshalb, weil er nicht nur einen „feierlichen“, sondern auch einen lichten „Augenblick“ gehabt hat, in welchem er eine Forderung, ja eine Hauptforderung der Sozialdemokratie, nämlich daß die Kriege aufhören sollen, in einer Weise unterstützt, die eindrucklich auf das Volk wirkt und anklagend gegen alle europäischen Regierungen auftritt.

Der Prinz ruft dabei die Religion, er ruft die Civilisation an gegen die „Blutsteuer“, gegen die „Schlichtbank“, auf der „Hansen von Leichen und Verwundeten“ geopfert werden.

Da ist nun allerdings der „feierliche Augenblick“ geblieben, der lichte aber verschwunden, der dem Prinzen sonst eingegeben hätte, daß die Religionen es gerade gewesen sind, welche die Kriege entfacht und begünstigt haben, daß die Religionen es sind, welche die Civilisation zurückhalten.

Ein feierlicher Augenblick war es wiederum, aber wahrlich kein lichter, als der Prinz schrieb, daß jede Regierung über eine respectable, bewaffnete Macht disponiren müsse. Weiß denn der Herr gar nicht, daß der Krieg vielfach der Ausfluß der stehenden Heere, der Militärmacht ist? Wenn der Kaiser von Rußland, sein Verwandter, ein stehendes Heer nicht gehabt hätte, so würde er den schmachwürdigen Krieg gegen die Türkei im Namen des Christenthums und der Civilisation nicht haben anfangen können, dann würde er „die Blüthe der russischen Bevölkerung nicht auf die Schlichtbank“ geliefert haben.

Ein feierlicher Augenblick mag es gewesen sein, aber kein

lichter, als der Prinz auf den Berliner Congress hinblickte und von ihm verlangte, Europa von der Geißel des Krieges zu befreien. Die Staatsmänner habgieriger Staaten, die lediglich auf Länderraub ausgehen, sind dort versammelt, um sich gegenseitig bei der Beute theilhaftig zu übertheilen. Weiß der Prinz nicht, daß solcher Kriegesraub zu neuen Kriegen, die er so glühend verdammt, führen muß?

Und feierlich mag der Augenblick gewesen sein, als der Prinz seinen Fluch schleuderte gegen die „wilde Vereinigung“, gegen die Sozialdemokratie, aber lichter war er nicht. Weiß der Prinz nicht, daß die Verfolgungen der Sozialdemokratie vollständig dem Christenthum, auf welches er sich stützt und das die Menschensiebe als höchstes Gebot hinstellt, widersprechen, daß der Haß etwas Unchristliches ist? Weiß der Prinz nicht, daß die Verfolgung ganzer Bevölkerungsklassen der „Civilisation“ schnurstracks zuwiderläuft und endlich zum Bürgerkriege, zur „Schlichtbank“ führt?

Es giebt feierliche Augenblicke im Leben der Nationen, es giebt solche nicht minder im Leben der Individuen — — — o, daß es mehr lichte Augenblicke gäbe, damit die Wege der Reaktion und des fanatischen Glaubenshasses beleuchtet würden, so daß sich jeder aufgeklärte, ehrliche Mensch von denselben mit Schauder abwenden möchte.

## Elsässische Zustände.

Das Eldorado der Bureaucratie.

Strasbourg, im Juni 1878.

Die Regierenden im Reichsland sind treffliche Leute; sie haben es verstanden, die in der ferndeutschen Bevölkerung nie erstorbenen Sympathien für das deutsche Mutterland wieder zu kräftigem Leben zu erwecken; sie haben durch ihre kluge Politik eine veröhnliche Stimmung selbst in jene Kreise hineingetragen, welche anfänglich dem Deutschtum feindlich und schroff gegenüberstanden; sie haben bei den Kaiserfesten und ähnlichen Veranstaltungen gezeigt, mit welsch schönem Erfolg ihr Werk getront ward — solches und Aehnliches lassen wir oft und lesen wir noch täglich in gewissen „wohlinformirten“ Organen der deutschen Tagespresse. Wenn die und da ein Nigist in diesem Optimistenconcert laut wird — wie z. B. in einer der letzten Nummern der ehrenwerthen „Wiedermännischen deutschen Allgemeinen“ — wenn derselbe behauptet wird, das elsässische Volk sei für das Gute, das ihm von Oberpräsidentens Gnaden in so reichem Maße zu Theil werde, so gar unempänglich und undankbar; wenn geschrieben steht, man müsse statt der bisherigen Milde Strenge walten lassen, so wissen die zahlreichen offiziellen Blumen in dem Garten deutscher Journalistik, daß das ja Alles nicht zutreffend, daß — kurz, daß das elsässische Volk glücklich und zufrieden lebe wie nie zuvor.

Leider entsprechen diese phantastischen Schilderungen der wirklichen Wirklichkeit so wenig, daß wir, die wir keinen Grund haben, mit unferer Ueberzeugung hinter dem Berge zu halten, uns erklähnen, eine völlig andere Ansicht von den „Regierungswohlthaten“ zu äußern und zu vertreten. Das Ergebnis unserer Untersuchung lautet: Nirgends herrscht in der Gegenwart — das gesegnete Land unseres „Erbfreundes“ vielleicht ausgenommen — eine ausgeprägtere Beamtenwirtschaft, ein widerlicheres Coterie- und Intriguenwesen, ein schamloferer Nepotismus als im deutschen Reichsland.

In der heutigen Verwaltung tritt uns ein ungeheurer Verwaltungsapparat entgegen, wie ihn das französische Elfaß niemals kannte. Statt des französischen Präfekten und seiner wenigen Räte und Unterpräfekten ist ein preußischer Oberpräsident mit einer Legion von Bezirkspräsidenten, Kreisdirectoren, Oberregierungsräthen, Regierungsassessoren, Sekretären und anderen Schreibern eingezogen. Die natürliche Folge ist, daß während der französischen Verwaltung, unter der doch unser Land eine der schönsten und blühendsten Provinzen Frankreichs wurde, dies für 77,915 Francs 70 Centimes zu Stande brachte, wir jetzt für die Kleinigkeit von 425,900 Mark regiert werden, ein Beleg, daß der deutsche Grundfaß „Billig und schön“ nicht überall zutrifft. Wer sich für Einzelheiten interessiert, nehme die in ihrer Art treffliche Broschüre „Elsaß-Lothringen — Seine Gegenwart“ zur Hand; der Verfasser derselben ist ein ehemaliger Redacteur der offiziellen „Straßburger Zeitung“, kennt also den „Nummel“ aus eigener Anschauung. — Die Verwaltung der einzelnen Kreise erfordert das Fünffache der Unterhaltungskosten der früheren Unterpräfekturen; dasselbe Verhältnis besteht zwischen den früheren Präfekturen und den heutigen Bezirkspräsidenten. Daß es in der Art nicht weiter gehen kann, ist klar, denn diese Last droht die materiellen Kräfte des Landes zu erschöpfen. Doch wir werden ja jedenfalls durch ein zuvorkommendes Verhalten entschädigt werden?

Es ist eine traurige Thatsache, daß die große Mehrzahl dieser „Regierenden“ die Diktatur des Herrn Oberpräsidenten von Moller noch viel zu „milde“ findet; diese Herren würden es viel lieber sehen, wenn von Berlin aus die „Hägel noch straffer“ angezogen würden. — Daher die negative Beliebtheit (speziell der preußischen Beamten hier zu Lande, die durch folgende nette Anekdote reizend illustriert wird: Anlässlich der Vorbereitungen zum Kaiserempfang in Weihenburg ließ der dortige Kreisdirector v. St., ein als geborener Pfälzer bei der Bevölkerung beliebter Beamter, die Bürgermeister des Kreises vor sich kommen und stellte ihnen vor, daß, wenn die Sache nicht gut in's Blei komme, an seine Stelle ein „Preuß“ treten würde, um die widerhaarigen Bauern zu größerer Reichsfreundlichkeit zu drillen. Die Wirkung dieser Worte war zauberhaft: Einstimmig erklärten die bisher Reuigen, in diesem Falle ihr

Möglichstes thun zu wollen — und der Kaiser wurde pompos empfangen. — Da wir nun doch einmal auf diesen Gegenstand abgeschweift sind, können wir es uns nicht versagen, noch einige Worte, die die Wahrheitsliebe unserer Offiziere ins rechte Licht zu setzen vermögen, beizufügen. Was wurde nicht Alles in die Welt telegraphirt von dem „Sturm der Begeisterung“, der die elsässischen Gauen durchbrause. Es ist wahr, namentlich in Straßburg war die Sache recht gut inszenirt und machte sowohl Regisseuren wie Schauspielern alle Ehre. Ein Blick hinter die Coulissen zeigt jedoch, wie auf dem Theater, viel des Interessanten. Die Schilderungen in der oben genannten Broschüre sind gerade über diesen Punkt so vorzüglich und nach unserer eigenen Wahrnehmung so wahrheitsgetreu, daß wir es uns nicht versagen können, einige Stellen daraus anzuführen:

In der That steht das, was insbesondere die einheimische Bevölkerung zu jenen Festlichkeiten beidertragen, in gar keinem Verhältnis dazu, was „von Amtswegen“ für die Sicherung des Erfolges gethan wurde. Am ganzen Gutenbergsplatz waren beispielsweise sieben Fahnen aufgesteckt. — Man konnte ganze Straßen durchgehen (z. B. Killausstadt) ohne einer Fahne zu begegnen. Wo viele Beamte und Offiziere ihre Quartiere hatten, z. B. in der Steinstraße, waren die geschmückten Häuser häufig, während man da, wo die Alt-Wäfler wohnten (Blauwollen-, Weisengasse u.), geschlossenen Fensterladen begegnete.

Bei ruhigerer Betrachtung konnte man ferner finden, daß die ganze Feierlichkeit auch darin mit einer Theatervorstellung große Aehnlichkeit hatte, daß dieselben Persönlichkeiten bei jeder Gelegenheit Statisten gleich aufmarschirten.

Sehr erheblich waren die Geldmittel, welche aus der Landeskasse auf die Festlichkeiten verwandt wurden. Dieselben betragen bei dem Weihenburger Empfang 8000 Mark. Noch höher beliefen sich diese Summen in Straßburg. Für den Regier Empfang waren schon Monate vorher durch die Oberförster die Bäume gefällt worden, welche als Mastbäume benutzt werden sollten. In den Jugendhäusern waren 40 Kilometer Quirlen angefertigt worden und aus der gesammten Rheinprovinz ließ man die Fahnen zur Schmückung der Stadt zusammen. Die auf Kosten der Eisenbahnverwaltung veranstaltete Decoration des Bahnhofs wurde gleich einer anderen Theaterdecoration nach der Abreise des Kaisers, während dieser in Hagenua weilte, abgenommen, nach Metz gefahren und dort mit „affenartiger Geschwindigkeit“ wieder aufgestellt. Die von der Regierung eingesezte Gemeindeverwaltung von Straßburg verausgabte für die Festlichkeiten zu Ehren des Kaisers in Straßburg, ad majorem Molleri gloriam, eine Summe von über 60,000 Mark. Diese auffällig hohe Summe soll, wie wir hören, aus einleuchtenden Gründen auf die einzelnen Unterabtheilungen des städtischen Budgets vertheilt werden. Die Ausgaben für die Beleuchtung des Münsters, 600 Mark, sowie diejenigen für die Beleuchtung der öffentlichen Gebäude werden z. B. auf die Kosten der Straßenbeleuchtung übernommen, die Ausgaben für venetianische Masken u., 15,000 Mark, auf die Ausgaben für öffentliche Bauten; die Ausgaben für den Sand, der gefahren wurde, um da, wo der Kaiser durchfuhr, die Straßen zu bestreuen, 500 Mark, werden bei den Kosten des Straßenpflasters berechnet. — Sand in die Augen, der äußere Schein ist der oberste Grundfay bei Allem, was im Reichslande geschieht! —

(Schluß folgt.)

## Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Prozeß Lehmann-Hödel ist am Mittwoch vor dem Staatsgerichtshof zu Berlin verhandelt worden und hat mit der Beurtheilung des Angeklagten zum Tode geendigt. Wir theilen heute die Anklageschrift (im Feuilleton) mit; in der nächsten Nummer werden wir einen kurzen Bericht der Gerichtsverhandlungen veröffentlichen. Was zunächst die Anklageschrift betrifft, so suchten wir darin vergeblich die „Enthaltungen“, welche von gewisser Seite in Aussicht gestellt waren. Der Stoff war doch etwas zu widerspenstig; beim besten Willen ließ er sich nicht tendenziös verwerthen. Am guten Willen hat's freilich nicht gefehlt. So wird u. A. zum Beweis der revolutionären Gesinnung des Attentäters ein — im Gefängnis (!) von ihm geschriebener Brief citirt; und ferner wird unter denjenigen Personen, mit denen Lehmann verkehrt, Liebnecht genannt, der ihn bios einmal gesprochen und obendrein ohne ihn zu kennen; während auf der anderen Seite die Herren Sparg und Hättner nicht erwähnt werden. Wie dem nun sein mag, es ließ sich aus dem Attentat und seinem Attentat nichts machen, und trotz aller Bemühungen in entgegengekehrter Richtung, hat die Prozeßverhandlung zur Evidenz ergeben, daß Lehmann ein Halbidiot ist, der nur von anderen Halbidioten oder von Schurken mit unserer Partei oder irgend einer anderen politischen Partei zusammengepöbelt werden kann. Keine Spur jener Energie, die zu einem politischen Verbrechen gehört, keine Spur von Fanatismus. Ein unglücklicher, verkommener Mensch, der am Fuße des Schaffots die „schuoddrigsten“ Bemerkungen macht und die ganze Gerichtsverhandlung offenbar als einen Spaß auffaßt, wie das ganze Attentat. „Berstodt“, „gleichgültig“, „freck“ nennen ihn die Berichterstatter, „er lacht cynisch“ — das cynische Lachen ist das jedem Arzt bekannte blöde Lachen des

\*) Seit November nahm er (Lehmann) an dem Unterricht des Leipziger Arbeiterbildungsvereins, geleitet von dem Reichstagsabgeordneten Liebnecht theil. An anderer Stelle findet der Besor, was der Reichstagsabgeordnete Liebnecht zu dieser zweifelhaft illustrierten, aber ungewisselhaft sehr tendenziösen Insinuation zu sagen hat. R. v. S.

Salbidioten, der so „verflucht“, „gleichgültig“, „froh“ ist, nicht genug Hirn zu haben, um normal denken und handeln zu können.

Erwähnt sei noch der sehr auffallenden Thatsache, daß bei der Verhandlung zwei Stadtvoigt-Ausscher (Gefängnißschlichter), welche als Zeugen figuriren, ungenirt bekunden, sie hätten dem Hödel (Lehmann) gesagt, die Sozialdemokraten haben sich einen richtig Dummen ausgesucht. Darauf habe Hödel gesagt: Na, wenn ich raus komme, dann werde ich's besser machen.“ Die beiden Ausscher haben also die Rolle von Gefängnißpionieren gespielt und sich dabei Beschimpfungen unserer Partei erlaubt, die eine Küge Seitens des Gerichtshofs wohl verdient hätten.

Wahrhaft skandalös benahm sich der Verteidiger Justizrath Wille, der, statt seiner Pflicht als Verteidiger nachzukommen, sich als Ankläger gegen die Sozialdemokratie aufspielte, und Lehmann für „ein Opfer der sozialdemokratischen Lehre“ ausgab. Mit diesem edlen Herrn werden wir noch ein Wörtchen zu reden haben. Es ist bedauerlich, daß der Gerichtshof auf die Bedingung Freytag's, den Termin zu verschieben, nicht eingegangen ist: einem guten, gewissenhaften Verteidiger bot sich das reichste und dankbarste Material. So viel steht fest, bei tüchtiger Verteidigung wäre der Beweis überzeugend zu liefern gewesen, daß der „Attentäter Seiner Majestät des deutschen Kaisers“, wie er sich in kindischer Eitelkeit selbst betitelt, nicht zurechnungsfähig ist und in ein Irrenhaus gehört. Das Todesurtheil, welches von den Richtern in Abwesenheit jeder Verteidigung gefällt werden mußte, wäre dann ihnen und dem Volke erspart worden. Die Vollstreckung des Todesurtheils halten wir einfach für unmöglich.

Zum Schluß lassen wir die Betrachtungen der „Magdeburger Zeitung“ über den Prozeß folgen. Das nationalliberale Organ schreibt unterm 10. d. Mts.:

„Es war früh genug bekannt geworden, daß Hödel zu den verfluchten Menschen gehört, und daß deshalb sein fürchtbares Verbrechen als eine singuläre That anzusehen sei, für die das deutsche Volk nicht verantwortlich gemacht werden könnte, wurde bald die Ueberzeugung aller ruhig und unbefangenen Denker. Allein die heutige Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof, die mit der Verurteilung des Angeklagten zum Tode endete, hat erkennen lassen, daß das bisherige Urtheil über den Verbrecher noch viel zu mild lautete. Die Annalen deutscher Gerichtshöfe kennen keinen Fall, der an den Hödel'schen heranreicht, denn es stand vor Gericht noch niemals ein Hochverräter, der so viel gemeines Empfinden und so viel Rohheit des Denkens zu erkennen gegeben hätte, wie dieser Hödel. Die Gemeinheit griff so weit, daß sie keinerlei psychologische Interesse zu erwecken vermochte. Auf der Anklagebank saß heute ein Mensch, der sich als die verkörperte Bestialität darstellte. Und diese Bestialität affectirte obenein Blasphemie. Für den öffentlichen Ankläger und für die Richter wurde hierdurch eine juristisch vortheilhafte Situation geschaffen, denn sie wußten sogleich, woran sie mit dem Angeklagten waren, der nur cynisches Leugnen und Hohn und Spott gegen Alle und gegen Alles aus seiner entmenslichten Seele producirte. Als einen Bofewicht gab sich der Angeklagte zu erkennen, der an seiner Frevelthat in dem Maße mehr Gefallen findet, je mehr sie in ihrer ganzen Schenlichkeit von Richtern und Zeugen entlarvt wird. Man sah diesem Hödel an, daß er nachträglich unendliche Lust empfand über Alles von ihm Geschehene; nur über Eins empfand er Reue: er hatte sein Ziel verfehlt. Wie gemein war Angesichts dieser teuflischen Empfindung der feige Versuch, die Absicht des Mordes zu leugnen! Aber das Leugnen trat nur bei Beginn der Beweisaufnahme auf: Jedes spätere Stadium des Prozeßes steigerte die Freude an dem Geschehenen, und völlig aufrichtig war des Angeklagten Schlussbemerkung, „zu seiner Verteidigung hätte er nichts zu sagen und um Gnade hätte er auch nicht.“ — Lachend betrat er den Gerichtssaal, und höhnisch lächelnd verließ er ihn. — Zur Ehre der Menschheit dürfen wir sagen: Dieser Verbrecher ist eine ganz singuläre Erscheinung, und weil er außerhalb des

Ideenkreises aller übrigen Menschen steht, so bleiben die übrigen Menschen alle von der Schande unberührt, die an seiner That haftet.“

Wir sind begierig, ob man hinfüro noch die Stirn haben wird, die Sozialdemokratie für Hödel-Lehmann verantwortlich zu machen!

— Die Wahlen nah'n. Man merkt es an den gewaltigen Versuchen der Reaktionspresse, die Wählerkraft in „Aufregung“ zu bringen. Da die Sozialdemokraten bis dato das „Schießen“ verweigert haben, und da aus dem Lehmannprozeß kein politisches Kapital zu schlagen war, derselbe im Gegentheil abkühlend und ernüchternd auf das Publikum wirken mußte, so ist man genöthigt, sich anderweitig zu helfen. Zunächst hat der arme Robiling wieder herhalten müssen, der, weil eine Besserung in seinem Zustande constatirt wurde, plötzlich von Neuem Verhöre zu bestehen und das todtte Complottmärchen ins Leben zu galbanisiren hatte. Natürlich von A bis Z Alles gelogen. Dann griffen „gewisse Leute“ in die „Schublade“ des Fürsten Bismarck und zogen daraus „Drohbriefe“ aus den Jahren — 1866 und 70 hervor, die inebz leider einen mehr erheiternden als aufregenden Eindruck machten und selbst von den national-liberalen Blättern ins Feuilleton verwiesen wurden. Wunderliche Briefe sind — die Schreiber waren zum Theil Propheten und schrieben schon im Juni 1866 an den „Grafen“ Bismarck, der bekanntlich erst weit spätern Datums ist. Nun, wir könnten mit einer weit interessanteren Sammlung von derartigen Geistesprodukten aufwarten. — Wir sind begierig, welche neue Reizmittel man dem Publikum noch vor den Wahlen bieten wird. Jedenfalls heißt's: aufgepaßt!

— Die Maßregeln und Vorschläge zur Unterdrückung der Sozialdemokratie häufen sich bergehoch und die Gegner werden zuletzt selbst nicht mehr aus, noch ein wissen; zumal ganz besonders in Betracht kommt, daß gerade die sozialistischen Arbeiter, d. h. die wirklichen Arbeiter, die besten sind. Interessant ist jedoch so Manches, und da wir nicht von Allem Notiz nehmen können, so wollen wir hier einige Fälle zur Kenntniß unserer Leser bringen, die diesen Kampf illustriren. Es sind nämlich nicht allein die Fabrikanten, die auf solche Weise vorgehen, nein, auch die Behörden. Es wird nämlich aus Königsberg i. Pr. gemeldet: „Bei Vergebung der öffentlichen Arbeiten im Submissionswege sehen die Behörden jetzt auch darauf, daß die Unternehmer nicht der sozialdemokratischen Richtung angehören, ja es wird sogar von solchen verlangt, daß sie keine Arbeiter beschäftigen, welche dieser Richtung angehören. In den Submissionsbedingungen über den Aufbau der chirurgischen Klinik in der Langen Reihe findet man das ausdrücklich ausgesprochen.“ — Merkwürdig! Als ob die sozialdemokratischen Arbeiter an den Nasen zu erkennen wären! Wir haben hunderten von Versammlungen beigewohnt und nur Eines herausgefunden — daß gerade die intelligentesten Arbeiter sich dort eingefunden hatten. Wo aber die Behörden zu solchen Bedingungen das Recht hernehmen, das begreife, wer kann. Als Grundjah jedes vernünftigen Beamten hat es zu allen Zeiten gegolten, unparteiisch zu sein — freilich heute im neunzehnten Jahrhundert — — —!

Jedoch auch Zeichen von wiederkehrender Vernunft begegnet man hier und da. So meldet z. B. die „Vossische Zeitung“ aus Berlin von einer Versammlung Berliner Arbeitgeber, die auch beriet, wie die Sozialdemokraten am besten zu vertilgen wären, und schließlich auf Vorschlag des Herrn Dr. Siemens beschloßen, hauptsächlich die Agitatoren zu verfolgen und aus den Werkstätten zu entfernen, von Unterschreibung eines Reverfes jedoch abzusehen, weil dadurch die Heuerei und Denunziation nur gefördert werden. Man muß den Herren schon überlassen, ihre Wuth an den Agitatoren auszuüben, sie werden sich gar bald überzeugen, daß jeder Fehzeln eines sozialistischen Blattes einen Agitator bedeutet, und — die Käse- und Wurstspatzen zu vertilgen, dazu gehört mehr, als einfache Beschlüsse! — Auch die

Direktion der Bergisch-Märkischen Eisenbahn in Elberfeld glaubt, indem sie ihre Arbeiter vor der Theilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen und Vereinen, Geldsammlungen, Lesen und Mithalten sozialistischer Blätter warnt, im Interesse ihrer Arbeiter gehandelt zu haben und hofft das Beste von diesem Erlaß. Ob die Arbeiter diesen Glauben theilen, werden wir bald sehen; das Buppertthal wird hoffentlich seinen Ruf auch diesmal bewahren.

— Zur Affaire Bucher schreibt unser alter bewährter Genosse Joh. Philipp Becker in Genf:

„In Sachen des in letzter Zeit allgemeiner bekannt gewordenen preussischen Legationsraths Lothar Bucher kann ich als ehemaliger sechsjähriger Vorsteher des Centralcomit's der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassoziation und auch als Redakteur von deren Organ „Der Vorbote“ kurz folgende nähere Auskunft ertheilen:

Herr Bucher wurde um so eher ohne Anstand als Gesinnungsgenosse und um so sicherer als Assoziationsmitglied betrachtet:

- 1) als er uns hier schon 1864 von Vassalle als Sozialist geschildert wurde;
- 2) als er in dem in meiner Gegenwart geöffneten Testamente Vassalle's vom gleichen Jahre als Testamentsvollstrecker und Erbe verzeichnet war;
- 3) als er, wie mir längst bekannt war, sich während seiner Flüchtlingschaft in London der Basistfreundschaft des Genossen L. S. Dorkheim erfreute und durch diesen auch in einige Beziehungen mit Carl Marx gebracht worden war, und
- 4) als er nicht nur statutengemäße, sondern sogar noch höhere Beiträge an die Assoziation entrichtete und seinen Geldsendungen sympathische (dem Archiv des Centralcomit's einverleibte) Zeilen beifügte.“

— Ueber den Fall des Bankhauses Haase u. Sohn in Chemnitz berichteten wir bereits in letzter Nummer. Ueber die eigentlichen Ursachen dieses Ereignisses läßt sich noch nichts Bestimmtes berichten, nur das steht fest, das viele Tausende um ihre Ersparnisse, um ihre Nothpennige gebracht worden sind. Ganze Schaaren von Landleuten meldeten sich bei dem Sachwalter der Firma Haase u. Sohn, Herrn Advokat Ulrich, und es mag dort manchen unangenehmen Austritt gegeben haben. Auf dem Chemnitzer Marktplatz sammelten sich große Menschenmassen an und die Polizei hatte vollauf zu thun, den Platz zu leeren. Auch das Militär war in den Casernen conquirent, wahrscheinlich hat man für die öffentliche Ruhe gefürchtet. — Dieser Fall beweist wiederum so recht eklatant die Unhaltbarkeit der heutigen wirtschaftlichen Zustände und der Ruf nach Aenderung derselben muß immer lauter erklingen. Freilich die Träger und Schöpfer dieser herrlichen Zustände lassen sich nimmermehr belehren, sie rennen blindlings in ihr Verderben, sie suchen ihre Rettung nur noch in der Verfolgung aller Andersdenkenden, sie hoffen nur noch auf die Polizei. Wie lehtere diese Hoffnung erfüllt, sehen wir täglich, das wird uns auch der nächste Reichstag lehren. Die Chemnitzer Arbeiter, Bürger und Landleute werden aber zuvor solche Lehren beachten und am 30. Juli ihre Meinung dokumentiren.

— Die vereinigten „Ordnungs“parteien treten überall mit ihren Programmen hervor. Dieselben tragen insgesammt den Stempel äußerster Reaktion und gipfeln im Wesentlichen darin, den Wünschen der Reichsregierung in allen Punkten zu werden. Die indirekten Steuern erhöhen und neue einführen, Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokraten, Geldbewilligung für den Militäretat — das sind die Herrlichkeiten, die man uns zugebacht hat. Wir erwarten von der heutigen Gesellschaft nichts Besseres und sind darum nicht im Mindesten überrascht; mögen sie an der „Ordnung“ ruhig fortarbeiten;

### Anklageschrift im Prozeß Hödel.

Die Anklageschrift lautet: Berlin, 18. Juni 1878. Anklage des Oberstaatsanwalts am königlichen Kammergericht wider den Klempnergehilfen Emil Heinrich Max Hödel, genannt Lehmann auch Traber, am 27. Mai 1857 zu Leipzig geboren, evangelisch, Seitens der Erlasskommission für dauernd untauglich erklärt, im Jahre 1870 durch Bescheid des königl. Polizeiamts zu Leipzig wegen Taschendiebstahls mit zehn Streichen bestraft, gegenwärtig hier in Untersuchungshaft wegen Hochverrats.

Seine Majestät der deutsche Kaiser und König von Preußen, in Begleitung Seiner Tochter der Frau Großherzogin Louise von Baden, fuhrten am 11. Mai 1878, Nachmittags zwischen 3—4 Uhr in einer offenen Kalesche von einer Spazierfahrt aus dem Thiergarten nach Berlin zurück, wie gewöhnlich durch das Brandenburger Thor, die Südseite der Straße „Unter den Linden“ entlang. Der kaiserliche Wagen hatte ungefähr das Hotel der russischen Botschaft erreicht, als der Angeklagte plötzlich hinter einem Privatfuhrwerk hervortrat, welches dort auf dem Straßenrand dicht an der Bordstange des Trottoirs nach dem Thore zu gerichtet stand, und den rechten Arm weit ausstreckend, nach der Person Seiner Majestät in einer Entfernung von 3—4 Schritt einen Schuß aus einem Revolver abfeuerte. Der Schuß ging fehl. Der Leibkutscher Seiner Majestät sah den Angeklagten den Arm ausstrecken und den Revolver abfeuern und hielt die Pferde an. Bevor der kaiserliche Wagen zum Stehen gebracht war, eilte der Angeklagte hinter demselben über den Fahrdamm der mittleren Promenade zu und feuerte, ehe er den zweiten Fahrdamm erreichte, sich umwendend, einen zweiten Schuß ab, den Revolver auf den Wagen Seiner Majestät gerichtet. Auch dieser Schuß fehlte. Der Angeklagte lief dann weiter nach dem Promenadenwege zu, froh unter der Eisenstange des Geländers, welches den zweiten Fahrdamm von der Promenade trennt, hindurch und rannte, von vielen Hinzugelommenen verfolgt, dem Brandenburger Thore zu. Auf dem Promenadenwege schoß er auf seine Verfolger noch zwei Schüsse ab, welche gleichfalls fehlten. Nach dem letzten Schuß warf er den Revolver weg und wurde verhaftet. Der Angeklagte räumt zwar ein, aus dem Revolver am Orte der That scharf geschossen zu haben, er bestreitet dagegen, auf Seine Majestät den Kaiser den Revolver abgefeuert zu haben. — Der Angeklagte will vielmehr, durch Arbeitslosigkeit in Noth gerathen, überdies suphilitisch krank, zu dem Entschluß gekommen sein, sich das Leben zu nehmen und in Ausführung dieses Entschlusses auf sich selbst geschossen haben. Die Straße „Unter den Linden“ habe er gewählt, um unter den Augen der feinen Welt mit Glanz aus der Welt zu gehen. — Der Angeklagte erscheint indeß überführt, bei dem Abfeuern des ersten Schusses den Entschluß gehabt zu haben, Seine Majestät zu tödten und diese That mit Ueberlegung ausgeführt zu haben. Augenzeugen haben beobachtet, wie der Angeklagte kurz vor dem Herannahen des kaiserlichen Wagens an dem linken Hinterrade des vorerwähnten Fuhrwerks stand, dann nach und nach auf den

Fahrdamm trat zwischen die beiden Hinterräder dieses ihn thorswärts vollständig verdeckenden Fuhrwerks und sich nach dem Thore zu wendete, so, als ob er auf etwas laure. Wie er ferner, als der kaiserliche Wagen herannahte und noch etwa sechs Fuß von ihm entfernt war, mit der rechten Hand eine Bewegung nach seiner linken Seite machte, als wöru er von dort irgend etwas hervorlangen wollte, alsdann in dem Augenblick, als der Wagen mit ihm in gleiche Höhe kam, den rechten Arm weit ausstreckte, einen Schritt auf den kaiserlichen Wagen zu that und in einer Entfernung von wenigen Fuß von dem Wagen einen Revolver, auf die Person Seiner Majestät gerichtet, abschoss. — Die Kugel muß unmittelbar an dem Haupte Seiner Majestät vorbeigegangen sein, indem dicht hinter demselben der Dampf aufstieg. Der von dem Angeklagten geführte Revolver ist ein sechsläufiger gezogener Lefaucheur, 7 mm., Vätticher Fabrikat und geeignet, einen Menschen damit zu tödten. Nach einer mit dem Revolver vorgenommenen Schießprobe hat die aus demselben abgefeuerte Kugel noch auf 15 Schritte Entfernung ein zwei und ein halb Centimeter starkes Brett glatt durchschlagen. In dem von dem Angeklagten weggeworrenen Revolver waren vier Patronenhülsen leer, zwei noch mit scharfen Patronen geladen. Am 16., 29. und 30. Mai sind in der Nähe des Ortes der That drei abgeschossene Revolverkugeln aufgefunden worden, welche zu dem Revolver des Angeklagten passen.

Auch verschiedene Aeußerungen des Angeklagten kurz vor und nach der That ergeben seine Absicht, Seine Majestät den Kaiser zu tödten. Am 27. April erkundigte er sich bei dem Buchdruckergehilfen Peisch, welchen er in der Passage getroffen hatte, „wann und wo der Kaiser in der Regel spazieren gehe oder fahre.“ In gleicher Weise fragte er etwa fünf Tage vor der That, als Unter den Linden eine Equipage vorbeiführte, den Schlossergesellen Krüger, den er wenige Tage vorher kennen gelernt hatte, ob der Kaiser in einem offenen oder verdeckten Wagen spazieren fahre und welchen Weg er gewöhnlich nehme.“

Am 6. Mai kam der Angeklagte zu dem Photographen Dietrich in der Commandantenstraße, fragte ihn, ob er nicht ein großartiges Geschäft machen wolle, und erklärte dem Dietrich auf dessen Gegenfrage, worin dies Geschäft bestehen solle, daß er dasselbe mit seinem Bilde machen könne, „er sei zwar noch kein berühmter Mann, es werde aber bald wie ein elektrischer Funke durch die Welt gehen, und dann würde er, Dietrich, Tausende von dem Bilde los werden; er selbst habe keinen Nutzen davon, er sei dann moralisch todt und werde eingespant.“ Als Dietrich auf diesen Vorschlag nicht einging, äußerte der Angeklagte im Fortgehen: „Wenn er ihm oder dem Geschäft etwas in den Weg lege, so habe er einen geladenen Revolver.“ — Am nächsten Tage ließ er sich drei Schnellphotographien von ihm anfertigen. Der Angeklagte will mit Dietrich außer und über den Preis der Photographien und über die Bitterung nichts gesprochen haben. — Wenige Tage vor der That trat er an den vor dem Schaufenster des Waffenhändlers Demmler in der Mohrenstraße stehenden Kaufmann Kalischer heran, knüpfte mit ihm

ein Gespräch an und fragte ihn, was wohl ein Revolver koste und ob ein solches Ding wohl über die Straße trage und treffe. Der Angeklagte läugnet dieses Gespräch. — Am Tage der That zwischen 12 und 1 Uhr Mittags befand sich der Angeklagte im Thiergarten und setzte sich auf eine Bank in der Nähe der Siegesallee, auf welcher der blinde Drehorgelspieler Schulz mit seinem Führer noch saß. Der Angeklagte fing an, über die schlechten Zeiten für die Arbeiter zu klagen und äußerte schließlich, „er launere auf den Dickkopf, heute müsse noch etwas plagen“, „er launere auf etwas, ein Dickkopf müsse plagen, dann würde es besser“. Er ging dann in das Gebüsch, um sich, wie er angab, auf kurze Zeit schlafen zu legen, kehrte aber bald wieder und sagte: „er könne nicht schlafen, er habe keine Ruhe.“ Der Angeklagte stellt auch diesen Vorgang in Abrede. Nach der That am 18. Mai äußerte der Angeklagte im Gespräch über das Attentat zum Stadtvoigt-Ausscher Soehnel: „Wenn er wieder herauskommen würde, werde er schon besser zielen.“ Auf die Bemerkung des Soehnel, daß es wohl noch lange dauern könne, bis er herauskäme und er erst seine Theilnehmer nennen müsse, entgegnete der Angeklagte: „ich werde keinen verrathen, und wenn ich zehn Jahre sihe.“ — In einem während der Untersuchungshaft am 21. Mai an seine Eltern geschriebenen Briefe legte er ein Geständniß ab. In dem Briefe bittet er seine Eltern um Vergebung, daß „diese finstere Wolke sich so fürchterlich hätte über sie entladen müssen, sein Leben sei einer Sache geopfert, durch welche er ihnen schon oft Calamitäten bereitet habe, geopfert zum Wohle der Menschheit“, und schreibt in einer Nachschrift: „es thut mir sehr leid, selbgeschossen zu haben, doch — Polen ist noch nicht verloren“ und unterschreibt diese Nachschrift: „Max Hödel, Attentäter Sr. Maj. des Deutschen Kaisers“. Der Angeklagte wird von seiner Mutter als zu allen Nothwendigkeiten bereit geschildert, von seinem Stiefvater als jähzornig, von Anderen als freisüchtig und froh bezeichnet. Er ist das uneheliche Kind der jetzt verheiratheten Schumacher Traber, Emilie geb. Hödel zu Leipzig. Im Alter von zwölf Jahren mußte er wegen schlechter Streiche, namentlich wegen mehrfacher kleiner Diebstähle, in die Besserungs-Anstalt zu Reiz gebracht werden, in welcher er bis zu seinem 14. Lebensjahre verblieb. Er lernte demnach in Reiz bei mehreren Klempnermeistern und kehrte in seinem 17. Lebensjahre im Oktober 1875 nach Leipzig zurück. Von dort ging er auf die Wanderschaft, wobei er Berlin, Bayern, Frankfurt a. M. und Köln besuchte. Im Jahre 1876 nach Leipzig zurückgekehrt, arbeitete er etwa ein halbes Jahr in seinem Handwerk und wurde dann Abonnentensammler für die zu Leipzig erscheinenden sozialdemokratischen Zeitungen „Der Vorwärts“, Organ der sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands“ und „Die Fackel“. — Inzwischen machte er eine Reise nach Ungarn und Wien, von welcher er im September 1877 aus Oesterreich ausgewiesen, zwangsweise nach Leipzig zurückgebracht wurde. Anfangs colportirte er auch den hier erscheinenden „Staatssozialisten“, das Organ des Centralvereins für Sozialreform. Am 11. März verließ er wiederum sein elterliches Haus,

wir aber werden dafür sorgen, daß das arbeitende Volk mit der Zeit immer mehr erkennen lernt, wo es der Schuh drückt und wo geholfen werden muß, und wachseln ein großer Bruchtheil des arbeitenden Volkes hat bereits erkannt, von wem die Hülfe kommen muß und wird den „Ordnungs“parteien am 30. Juli antworten. Wer jedoch jetzt noch nicht erkannt hat, daß alle anderen der Arbeiterpartei gegenüber eine „reaktionäre Mo“ bilden, der ist nicht zu befehlen. Indirekte Steuern erhöhen und neue einführen, das heißt doch gerade dem armen Volk den Fuß auf den Nacken oder auf die Brust setzen und ihm vollends den Garaus machen und Ausnahmegeetze in einem Staate, der sich rühmt, der militärisch bestorganisirteste zu sein, gegen eine Klasse der Bevölkerung in's Leben zu rufen, das ist ein testimonium paupertatis für denselben. Freilich, was nützt die Vermehrung des stehenden Heeres, wenn schon die Jugend vom Sozialismus angezogen ist und sozialdemokratischen Geist in die Caserne mitbringt?

— Es muß auch solche Käuze geben. Der Commerzienrath, Ritterguts- und Fabrikbesitzer Riebeck zu Halle hat eine lange Epistel in der „Magdeburger Zeitung“ erlassen, in welcher er sich als ein absoluter Verächter der Wissenschaft selbst hinstellt. Der confuse Mensch schreibt: „Sogenannte Rationalökonom und Kathedersozialisten, und in neuerer Zeit auch die christlichen Sozialisten, Männer, die meistens nicht die nöthigen praktischen Vorkenntnisse über das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besitzen, fanden sich berufen, die Mittel zu lehren, durch welche Alles besser gemacht werden könne, und arbeiteten auf diese Weise den sozialen Communisten in die Hände.“ — Den „sozialen Communisten“! Siebt es etwa auch nichtsoziale Communisten? Die Braune, die Schütze, die Schmoller, die Stöcker — alle zusammen in einen Topf; man erkennt gleich an diesem Verfahren den Bierbrauer. Herr Riebeck versteht die gute Stadt Leipzig bekanntlich auch mit seinem Lagerbier, welches von den durstigen Seelen sehr gelobt wird. Doch hören wir den Bierbrauer weiter: „Wenn die Herren Sozialisten aller Farben etwas Besseres lehren und erreichen wollen, so mögen sie den Anfang damit machen, die Fehler und Schwächen der Menschheit abzuschaffen, mögen Dunkel, Hochmuth und Lieblosigkeit gegen Andere unterdrücken. Wen wollen sie sonst, als unsern Schöpfer und allmächtigen Gott, dafür verantwortlich machen, daß er nicht alle Menschen mit gleichem Geiste begabt, nicht Alle mit gleicher Arbeitslust, gleicher Sparsamkeit und gleicher Charakterfestigkeit ausgestattet, daß er den Menschen die Freiheit gegeben habe, welche ihn unter Verantwortlichkeit befähigt, das Gute und das Böse zu wollen. Die Lehren der Sozialisten, der grünen, schwarzen und rothen, verstoßen wider Gottes Ordnung. Sie rauben dem Menschen das Beste, was er besitzt, seine Zufriedenheit mit sich selbst, seine Liebe zum Vaterlande, zu seinem Könige und zu seinen Mitmenschen. Tief zu beklagen ist es, wenn solche Menschen in ihrer Dummheit und ihrem Dunkel wähnen, es besser machen zu können, als der allgütige Gott selbst.“ — Armer Stöcker! Auch Du wirst als ein Mensch hingestellt, dessen Lehren wider Gottes Ordnung verstoßen! — Doch vergehen wir dem Herrn Riebeck seinen Blödsinn, wenn er fortfährt gutes Bier zu brauen. Hoffentlich wird sein „Esprit“ nicht in sein Bier fahren.

— „Republikanische“ Pressefreiheit. Unser französisches Parteiorgan, die „Egalité“, ist soeben unter fünffacher Anklage vor das Polizeigericht und den Appellhof geladen worden. Auch die „Indresse an die deutsche Sozialdemokratie“ befindet sich unter inkriminirten Artikeln; es sollen darin verbrecherische Thatfachen gelobt und ferner zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufgefordert sein. Die fünf inkriminirten Artikel befinden sich in drei Nummern des Blattes; wenn dasselbe auf alle Punkte hin in der ganzen Strenge des Gesetzes verurtheilt wird, steht der „Egalité“ neunjähriges Gefängniß und außerdem acht-

und zwar in Folge eines gegen seine Mutter verübten Diebstahls an Geld in Höhe von gegen 40 Mark, hielt sich zunächst einige Zeit in der Umgegend von Leipzig auf, wo er als sozialdemokratischer Agitator auftrat, und wendete sich dann nach Frankfurt a. M., berührte Kolmar, Metz, Luxemburg und Trier und kehrte am 11. April 1878 nach Leipzig zurück. Am 24. desselben Monats verließ er wiederum Leipzig, angeblich, um nach Dresden und Bremen zu reisen, begab sich aber über Magdeburg nach Berlin, wo er bis zu seiner Verhaftung in Schlafstelle bei der Wittve Breiter, Stallschreiberstr. 13, gewohnt hat. — Hier ist er unter dem Namen Lehmann, dem Namen seines Vaters, im April Mitglied der beiden sozialdemokratischen Vereine, des „Vereins zur Wahrung der Interessen der werththätigen Bevölkerung Berlins“ und des „Vereins für kommunale Angelegenheiten des Nordostdistrikts“ geworden, sowie auch dem den Sozialisten gegenüberstehenden Vereine der „christlich-sozialen Arbeiterpartei“ beigetreten, und hat seit seiner Ankunft in Berlin fast jeden Abend Versammlungen dieser Vereine besucht und sozialistische Zeitchriften und Flugblätter verbreitet. — Seinen Lebensunterhalt und seine sonstigen Ausgaben in Berlin, wie z. B. den Ankauf einer Spielboje für 52 M. 50 Pf., unter deren Klängen er vielfach in Bierlokalen sozialistische Blätter absetzte, befruchtete er hauptsächlich von dem Gelde, welches er bei seiner letzten Anwesenheit in Leipzig seiner Mutter entwendet hatte. — Nachdem der Angeklagte bereits 1876 Mitglied der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands geworden und deren Versammlungen vielfach besucht hatte, nahm er seit November 1877 an dem Unterrichts des Leipziger Arbeiterbildungsvereins, geleitet von dem Reichstagsabgeordneten Liebknecht, als Mitglied Theil.

Zur selben Zeit lernte er die in Leipzig damals anwesenden „Anarchisten“ kennen, deren bekanntes Programm dahin geht, daß sie als Grundlage die Gemeinden annehmen mit der Freiheit der Gemeinden, sich zu conföderiren, und als obersten Grundsatz hinstellen, daß die Aenderung der politischen und sozialen Verhältnisse mit Gewalt herbeigeführt werden müsse, während die Sozialdemokraten den centralisirten Volksstaat und zwar zunächst im Wege der Reform zu errichten streben. Der Angeklagte trat insbesondere in Verkehr mit Emil Werner, dem Vertreter der Anarchisten auf dem vorjährigen Weltcongrès der Sozialisten in Gent, und bekannte sich, als ihm seit einer Volksversammlung zu Stötteritz, auf welcher er den „Staatssozialist“ verbreitet hatte, seitens der sozialdemokratischen Partei mit Argwohn begegnet wurde, offen zu ihrer Richtung. In Folge von Angriffen auf die Bediensteten der sozialistischen Arbeiterpartei, besonders in einem Artikel unter der Ueberschrift „Wachwirthschaft“, wurde er durch förmlichen Beschluß der Leipziger Sozialisten vom 14. März aus der Partei ausgeschlossen, dieser Beschluß durch das „Central-Wahlcomité“ zu Hamburg unterm 9. Mai 1878 bestätigt und am 12. Mai in der Zeitung „Die Fackel“ bekannt gemacht. Am 24. Februar und am 17. März 1878 berief der Angeklagte selbst zwei Volksversammlungen zu

zehntausend Francs Geldbucge in Aussicht. Man sieht, wie weit es die Herren Opportunisten vom Schlage Gambetta's gebracht haben.

— Die Exekutive der amerikanischen Arbeiterpartei hat sich nachdrücklich gegen die Schützenvereinspielerei ausgesprochen, die hier und da eingerissen war und den Feinden als Popanz für die Philister treffliche Dienste that. Einige Genossen sind über das Einschreiten der Exekutive etwas erbost; wir dächten aber, die ganze Affaire wäre zu unbedeutend, um viel Worte darüber zu verlieren. Wenn es Spaß macht, einem Schützenverein („Lehr- und Wehrverein“) anzugehören, dem wird es Niemand mißgönnen; im Gegentheil: es kann nur von Nutzen sein, daß die Männer sich im Gebrauche der Waffen üben. Entschieden zu verwerfen war und ist aber das renomistische Säbelgerassel einiger uniformirten Leute, die sich in diese „Lehr- und Wehrvereine“ eingeschlichen haben und auf allen Gassen ankündigen, daß sie mit Hülfe derselben die bürgerliche Gesellschaft und den heutigen Staat aus den Angeln zu heben beabsichtigen. Daß solch kindischem Gebahren nun ein Ziel gesetzt ist, können wir nur mit Freuden begrüßen.

— Auch in Amerika wird Geld für Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie in ihrem gegenwärtigen Kampf gegen die vereinigte Reaktion gesammelt. Man sieht, das Proletariat hat seine Solidarität begriffen und die Devise: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ ist keine „alberne Phrase“.

— In der am 9. Juli stattgefundenen Verhandlung des Schwurgerichts in Wien wurde der Redakteur des sozialdemokratischen Blattes: „Der Sozialist“, Johann Schwarzinger, wegen Störung der öffentlichen Ruhe zu einem Jahre schweren Kerker verurtheilt.

— Am 8. ds. Monats zu Genf in der Verbannung Razoua, unter der Commune Commandant der „Militärschule“. Er war gleich tüchtig als Schriftsteller wie als Soldat, und ein überzeugungstreuer Sozialist. Sein Leidenbegängniß gab den Anlaß zu einer imposanten Demonstration. Das Proletariat wird seinen treuen Vorkämpfer nicht vergessen!

### Erklärung.

In der Anklageschrift gegen Lehmann-Hödel heißt es: „er (Lehmann-Hödel) nahm seit November 1877 an dem Unterrichts des Leipziger Arbeiterbildungsvereins, geleitet von dem Reichstagsabgeordneten Liebknecht, Theil.“

Die zweifelhafte Grammatik macht es ungewiß, ob das „geleitet“ sich auf den Arbeiterbildungsverein oder auf den Unterricht in demselben bezieht. In jedem von beiden Fällen ist die Notiz aber unrichtig. Ich habe niemals den Leipziger Arbeiterbildungsverein, niemals dessen Unterricht „geleitet“. Ich habe — gleich Anderen — zu verschiedenen Zeiten im Leipziger Arbeiterbildungsverein Unterrichtsstunden ertheilt (englische und deutsche), erinnere mich jedoch nicht, Lehmann-Hödel je zum Schüler gehabt zu haben. Der Verfasser der Anklageschrift hätte dies aus den Akten ersehen können. Unter allen Umständen ist es sehr eigenhümlich, daß man mich, der ich erwiesenermaßen in meinem ganzen Leben wissenschaftlich nur einmal mit Lehmann-Hödel gesprochen (und obendrein als mit einem Gegner, den ich bei jener Gelegenheit vor den Folgen seines provozirenden Benehmens schätzte), in die Anklageschrift hineinzerzert und zum Lehrer oder intellektuellen „Geleiter“ des Unglücklichen stempeln will, während die Leipziger national-liberalen Führer: Sparig und Hättner, die sich Lehmann-Hödel's erwiesenermaßen zu politischen Zwecken bedient und hundertmal mehr mit ihm verkehrt haben als ich, in der Anklageschrift nicht

Schleudig bei Leipzig, in welchen der Anarchist Emil Werner Referent war. Während die Tagesordnung der ersten Volksversammlung „Der Krieg im Orient“ und die „Orientalische Frage im deutschen Reichstage“ war, verherrlichten auf der zweiten Volksversammlung Werner und Braune die Pariser Commune.

Seine sozialdemokratischen, bezüglich anarchischen Ideen kennzeichnet das von ihm über diese Versammlungen erstattete schriftliche Referat. Seitdem huldigte der Angeklagte immer mehr der anarchischen Richtung. Er bekannte sich in prahlerischer Weise Anderen gegenüber als Anarchisten und Atheisten und that vielfach während seiner Anwesenheit in Schleudig und an mehreren anderen Orten Aeusserungen, die darauf schließen lassen, daß er bei seinem zu Gewaltthätigkeiten geneigten Charakter und politisch aufgeregtem Geiste danach strebte, wenn möglich selbst zur Verwirklichung der sozialistisch-anarchischen Ideen und insbesondere der Abschaffung der monarchischen Regierungsform thätig zu werden. So äußerte er am Abend vor der ersten Schleudiger Volksversammlung zu dem dortigen Rathsvermeister Keil, als dieser sich weigerte, die Anmeldung dieser Volksversammlung zu unterschreiben, und dem Angeklagten erklärte, daß er mit Sozialdemokraten nichts zu thun haben wolle, „er sei nicht sozial, er sei Anarchist, er spreche nicht von Sozialdemokratie, weit mehr von der Commune; Amerika habe seinen Präsidenten und es ginge auch; Kaiser, Könige und Fürsten brauchen wir nicht.“ In gleicher Weise sprach er sich kurz vor der zweiten Schleudiger Volksversammlung in einer dortigen Restauration zu einigen Arbeitern dahin aus: „Kaiser, Könige und Fürsten brauchen wir nicht, die saugen das Volk aus;“ und endigte seine weiteren Schmähreden mit den Worten: „Uns Sozialdemokraten gehört die Zukunft.“ Am Abend der zweiten Schleudiger Volksversammlung kam der Angeklagte mit Emil Werner in ein dortiges Restaurationslokal, sprach zu den dort anwesenden Gästen über die für die Arbeiter schlechten Zeiten, bringe den herrschenden Arbeitsmangel und äußerte dabei: „Das bringe ich noch dahin, daß ich selbst zum alten Wilhelm gehe.“ — In dem Restaurationslokal Steimiger daselbst äußerte er, als dieser ihm seinen Saal nicht zu den Versammlungen einräumen wollte: „Na, wenn's Hängen losgeht, da wissen wir, wo wir den Anfang machen.“ — Während seiner Anwesenheit in Metz am 28. März 1878 äußerte er in einem dortigen Restaurationslokal: „daß das Militär ganz überflüssig sei, daß das Volk überhaupt ohne Könige und Fürsten sich selbst regieren könne.“ In einem andern dortigen Lokale bekannte er sich als Sozialdemokrat und führte Schimpfreden gegen die staatliche Ordnung und namentlich gegen die Zustände im deutschen Reiche. — Einige Tage darauf, am 31. März, in der Winter'schen Gastwirthschaft zu Trier, entwickelte der Angeklagte den anwesenden Gästen gegenüber seine atheïstischen Ansichten, kam dann auf Staat und Gesetze zu sprechen und äußerte dabei: „Wir brauchen keinen Kaiser, keinen König und keine Regierung, fort mit allem, alles muß fort, wir wollen frei sein, die Reichen müssen theilen, alle müssen gleichmäßig arbeiten, ein Jeder höchstens zwei Stunden täglich“ und so fort. Kurz vor

ermähnt werden. Auf welche Motive ein solches Verfahren zurückzuführen und ob es zu rechtfertigen ist, das überlasse ich dem Leser zu erörtern und zu beurtheilen.

Leipzig, den 11. Juli 1878.

W. Liebknecht.

### Correspondenzen.

Berlin, 8. Juli. Die Paßkontrolle in Berlin kam dieser Tage, wie man sich hier in kaufmännischen Kreisen unter großer Heiterkeit erzählt, einem Industriemitter sehr gelegen. Derselbe, ein in seiner Heimath sehr angesehener Bankier, fühlte recht bedenkliches Schwanken seines Geschäfts, welches durch Schwankungen ähnlicher Geschäfte dem Zusammensturz vollends nahe gebracht wurde. Um nicht unter den Trümmern begraben zu werden, verließ der Bankier rechtzeitig das baufällige Haus und kam hierher nach Berlin. Hier war er aber nicht für alle Fälle geborgen, er mußte weiter, mußte in's Ausland. Dazu brauchte er einen Paß. Auf welche Weise den unter solchen Umständen erhalten, das war die Frage. Da kommt zur rechten Zeit der Paßzwang für Berlin. Nun schreibt unser Bankier ganz gemüthlich an den heimischen Polizeidirektor, man solle ihm sofort einen Paß nach Berlin senden, weil er dessen wegen des Paßzwanges dringend bedürfe. Der brave Polizeidirektor sendet, um seinen angehenden Mitbürger prompt zu bedienen, sofort den Paß, und der Bankier segelt nun vergnügt in die weite Welt hinaus. Man sieht, es hat Alles seine gute Seite!

Berlin, 11. Juli. Die „Berliner Freie Presse“ schreibt: Gestern waren die Mitglieder des Central-Wahl-Comittees und unser verantwortlicher Redakteur vorgeladen und wurde ihnen bei der Gelegenheit eröffnet, daß gegen sie wegen Verbreitung des bekannten Flugblattes Anklage wegen Verletzung des Bundesrathes und wegen Verstoßes gegen § 131 eröffnet worden sei. — Die inkriminirten Stellen sind so unschuldiger Natur, daß eine Freisprechung selbstverständlich erscheint, bezeichnend aber ist die eingeleitete Untersuchung für unsere Zustände immerhin. — Daß die Wahlfreiheit unter solchen Umständen mehr und mehr zur Illusion wird, liegt auf der Hand, Versammlungen können wir nicht abhalten, weil die Polizei sämtliche Lokalbesitzer einschüchtert hat, gelingt es aber trotzdem, eine Versammlung zusammen zu bringen, so wird sie aufgelöst, unsere Flugblätter aber werden konfisziert und so geht es weiter. Nun, am 30. Juli werden wir auf dieses alles unsere Antwort geben und zwar eine prompte und pünktliche Antwort. Bis dahin aber kühl Blut und fleißig agitirt. — Wie der Redaktion unseres diesigen Partei-Blattes vom Genossen Most selbst per Korrespondenzkarte aus Chemnitz mitgetheilt wurde, ist derselbe von dort nach hier transportirt worden. Die Frau von Most begab sich nun gestern sofort nach Plöbensee, um sich dort zu erkundigen, ob ihr Mann eingeliefert sei, erhielt aber darauf die Antwort: Das ist Dienst-geheimniß. — Wir wissen also augenblicklich nicht, wo sich Most befindet, hoffentlich aber wird diese Geheimnisthramerei nicht allzu lange dauern.

Die „Volkszeitung“ meldet, daß Most direct vom Anhalter Bahnhof in das Gefängniß am Plöbensee geführt worden sei.

Kirchberg, 9. Juli. Am 1. Juli verschied nach langem Leiden unser Vorstand Wihl. Schubert. Derselbe war einer der Ersten, der unserer Fahne folgte, und ist ihr auch bis zu seinem Ende treu geblieben. Leider hinterläßt derselbe eine zahlreiche Familie ohne alle Erbsenzmittel, und möchten wir answärtige Genossen bitten, der Familie ein Scherlein zukommen zu lassen, damit dieselbe nicht gänzlich dem Elend verfallt. Handelsmann Hermann Schwedler in Kirchberg nimmt Beiträge dankend entgegen.

Soldau. Am 9. Juli hielt sich Genosse Böhmeler besuchsweise in Neumark bei guten Freunden auf. Nichts Böses ahnend, sahen P. und seine Freunde sich alsbald von Genarmen und Polizisten verfolgt, und der bejahrte 63jährige Mann in seinem

dem Attentat erzählte er hier dem Schlossergesellen Krüger, daß er Sozialdemokrat sei und daß, wenn alle Sozialdemokraten zusammenhielten, sie die Oberhand bekämen und alles umstürzen könnten. Wie sehr der Angeklagte die Ideen der absoluten Freiheit und den Sturz der Dynastien in sich aufgenommen hat, bezeugt er selbst in seinem Briefe vom 21. Mai 1878. Er schreibt: „daß die Schweiz durch Teil frei geworden, daß ein neuer Teil erwünscht sei und in Deutschland es an solchen Theile fehle; schon in früher Jugend habe in ihm der Wille geseint, Front zu machen, den Kampf bis auf das Messer zu führen, die volle individuelle Freiheit zu besitzen und nicht der Willkür dynastischer Interessentumänner zu gefallen.“ — Er rühmt sich weiter, in Berlin ein Vierteltausend revolutionärer Köpfe geschaffen zu haben, mahnt, daß es Zeit sei, „tabula rasa zu machen“, und schließt mit den Worten: „Es lebe die Propaganda der That.“

Demgemäß wird der Angeklagte des Verbrechens wider §§ 80, 211, 43 und 32 des Strafgesetzbuchs beschuldigt.

— Wie's gemacht wird. Unsere liberalen Spießbürger bieten überall die Krieger- und Turnvereine auf, um sozialistische Versammlungen zu sprengen. Und diese edlen Reden folgen auch dem Commando des Gelbsocks. Man sagt, daß bei solchem Aufgebote jedes Mitglied der Kriegervereine 50 Pfennige und jeder Turner zwei Seidel Bier Belohnung erhalte.

— Wahlgeschichten. In Constanz hat Prinz Wilhelm von Baden die ihm von den Deutsch-Conservativen in einem Aufrufe, der das „Aufhören des Kulturkampfes“ fordert, angebotene Candidatur gegen den bisherigen national-liberalen Abge. Heilig angenommen. — Ueberaus hübsch ist ein Wahl-Aufruf in einem Deutheuer Blatte, welcher die Wahl des Herzogs von Ratibor empfiehlt. Er lautet wörtlich: „An die Männer der Stadt und des Kreises. Wählet den Mann, der Oberpfälzen kennt! — Wählet den Verwandten des Kaiserhauses — gerade weil er Katholik ist! — Wählet Viktor, Herzog von Ratibor, den Präsidenten des Herrenhauses! — Wählet und fraget nicht! — Trenn zu Kaiser und Reich wird er die Wahl annehmen! — Sollte der Herzog die Wahl für unsern Kreis annehmen, so wäre dadurch die beste Gelegenheit geboten, unseren bisherigen Abgeordneten nicht ferner seinem Berufe als Priester zu entziehen. Für den Herrn Herzog dürften auch unsere sämtlichen katholischen Mitbürger stimmen, wenn von dem liberalen Wahlcomité eine Einigung mit der ultramontanen Partei erzielt würde.“ — Herr Wölffel hat auf das Reichstagsmandat im Wahlkreise Merseburg-Querfurt verzichtet. Man sagt, daß die Merseburger Krüpperei daran die Schuld trage; Wölffel schäme sich jetzt der ganzen Affaire und wünsche nicht von jenen Prügeln gewählt zu werden.

leichten Festtagsanzuge wurde unter starker ortspolizeilicher Begleitung in einen Thurm gebracht. Die Freunde schickten ihm verschiedene Male Visitationen, die zwar den Brüdern abgenommen, von denen jedoch dem ältesten Mann nicht das Geringste behändigt wurde; im Gegentheil ward ihm Alles, was er bei und an sich trug, abgenommen. So sah er eingekerkert bis zum 11. d., dann wurde er nach Soldau, natürlich in Begleitung der hohen Polizei, per Bahn gebracht. In seiner und seiner Frau Abwesenheit wurde gehäusacht, bei welcher Gelegenheit ein Herr Pohl eine Rolle gespielt haben soll, wie er auch der Verfasser eines recht „liebenswürdigen“ Artikels in unserer hiesigen Zeitung gegen Böhmeler gewesen sein soll. Bei der Hausdurchsuchung wurden sämtliche Briefe, Photographien, noch nicht gedruckte Abhandlungen und verschiedene Quittungen mitgenommen. Bei Böhmeler's Verhaftung in Neumark wurde im Reisebüchlein der Frau Böhmeler nach sozialistischen Schriften gesucht, aber nichts gefunden. Böhmeler's Reisekoffer, sowie seine ganze Baarhaft, nahm der Herr Bürgermeister an sich. Seine Frau erhielt nur Social retour, daß sie vorläufig nicht zu betteln braucht. Die Veranlassung zur Verhaftung bot eine Denunziation, laut welcher Böhmeler sich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben soll. Obgleich nicht bewiesen werden konnte, wann und in welchem Zusammenhange er die Äußerung gethan haben soll, wurde er doch zu 1 1/2 Jahren Gefängniß verurtheilt.

**Worms.** Die am Mittwoch, den 3. Juli, Abends, im Lokale des H. Reier stattgehabte „Große Wählerversammlung“ war insofern von Interesse, als nämlich der hiesige Bürger-, resp. liberale Wahlverein in Begleitung mehrerer Herren aus Hamburg lange vor Eröffnung derselben auf dem Platz erschienen war. Um des lieben Friedens willen wurde das Bureau auf Wunsch gemischt gewählt. Zu Punkt 1: „Die Reichstagswahl“ erhielt als Referent zunächst Genosse Wilsch das Wort. Der Vortrag fand, abgesehen von einigen Schlussworten, allgemeinen Beifall. Als Interpellant trat Herr Schloßmacher auf, der die bekannten Schlagworte, als: die Sozialdemokraten wollen den Staat stürzen, ihr Ziel ist die Revolution u. vorbrachte und zum Beweise dessen eine Stelle aus Bebel's: „Unsere Ziele“ vorlas. Zum Schluß konnte „der Herr“ nicht unterlassen, die Mitschuld an dem Attentate Nobiling's der Sozialdemokratie aufzuwälzen! (Große Entrüstung! Huirose!) Zudem verwies der überwachende Polizeicommissar den Redner zur Tagesordnung. Genosse Wilsch erwiderte hierauf ungefähr Folgendes: Solche Weisheit wäre allerdings werth, daß sie verzapft würde, wenn Jemand sich vor das Volk hinstelle und solche Begriffe über Nationalökonomie entwickle, dem wäre doch zu rathen, daß er sich auf die Hosen setze und das ABC über Nationalökonomie recht lerne. Herr Lehrer Koch entwickelte in ruhiger Weise seine Ansicht und warf einige Reden aus: Als ein Sohn aus dem Volke, der vom 17. Jahre an mit den gesellschaftlichen Verhältnissen habe kämpfen müssen, sei seine Stellung in der Gesellschaft eine so bescheidene, daß er nicht als Bourgeois gelten könne, sein Prinzip sei: Wahrheit, Gerechtigkeit; wenn die Sozialdemokratie Ruhe und Friede, wie es in den goldenen Zeiten (?) war, wieder einführen wolle, sei er der Erste, der dazu seine Kräfte weiche, und selbst vor dem Worte „Revolution“ nicht zurücktreten werde! Dann machte Redner der Sozialdemokratie den Vorwurf, daß sich die Partei nicht hätte „Arbeiterpartei“ tituliren sollen! (Haha!) „Wer das Wohl des Volkes im Auge hat, wer die Freiheit wahren will, der sorge vornehmlich für eine tüchtige Schulbildung!“ (Bravo!) — rief der Redner emphatisch aus — und man wäre versucht zu glauben, der Herr Lehrer sei auf dem besten Wege, Sozialdemokrat zu werden; wenn es nicht vor der Reichstagswahl wäre! Es sprachen noch Pflugrad und Breuel, die den Gegner gehörig heimleuchteten und den Zweiten auf seine Halbheit aufmerksam machten. — Der zweite Punkt der Tagesordnung wurde in der Weise erledigt, daß Genosse Schwende im Namen des hiesigen sozialistischen Wahlcomit'es den versammelten Wählern empfahl, am Wahltag einem Sozialisten und zwar unserem Genossen G. Breuel ihre Stimme zu geben, während der Herr Koch mittheilte: die vereinigte liberale Partei halte an der Candidatur Wolffson's fest! — Schließlich beklagte die Versammlung, auf besonderen Wunsch durch getrennte Abstimmung; indem alle sozialistischen Wähler die linke Seite des Saales und die „reichstrenen Männer“ die rechte Seite desselben einnahmen, daß die Linke, die überwiegende Majorität, für einen Sozialdemokraten sei, trotzdem Herr Riege (Hamburg) beim Sondern der Stimm von den Schafen sein Möglichstes that.

**Frankfurt a. M., 9. Juli.** Gustav Kanngießer, der Mitbegründer des „Frankf. Beobachter“, ist am 7. d. M. in Frankfurt gestorben. Die „Frankf. Zeitung“ schreibt von ihm: „Die demokratische Partei verliert in ihm einen treuen begeisterten Anhänger, die deutsche Journalistik ein würdiges Mitglied, der Frankfurter Kreis derselben einen guten Kameraden, wir aber bedauern noch mehr — einen Freund. Friede seiner Asche und seinem Namen das wohlverdiente treue Andenken. Sein Denkmal steht im Herzen Aller, die ihn kannten; was er ihnen war, überdauert Tod und Grab.“

**Sulda, 2. Juli.** Hier geht man auf jede mögliche Art vor, um uns zu unterdrücken. In den Fabriken und in den Eisenbahnwerkstätten sind großartige, resultatlose Verhöre angestellt worden, wobei den Arbeitern bei Verlaß der Arbeit untersagt wurde, keiner Arbeiter-Corporation anzugehören oder sonstige mit Sozialdemokraten zu verkehren. Den Soldaten wurde der Besuch unseres Verkehrslokals, das in der Nähe der Kaserne liegt, auf das Strengste verboten. Auch wurde kurz nach dem zweiten Attentat das Gerücht colportirt: In diesem Lokal sei ein „Hoch“ auf Hödel ausgebracht worden, die polizeiliche Untersuchung verlief jedoch — abgesehen von der Einschüchterung des Wirthes — resultatlos. Der Wirth erließ eine Bekanntmachung folgenden Inhalts: „Einem verehrlichen Publikum die Mittheilung, daß die mir von jeher antipathischen Sozialdemokraten seit geräumiger Zeit in keiner Weise mehr in meinem Lokal verkehren.“ Da nun aber früher Herrn Wohlgenuth nicht genug von den „antipathischen Sozialdemokraten“ kommen konnten, ja sogar einmal ein Hof hier den Sozialdemokraten zum Besten gab, begab sich Genosse Fuchs zu Herrn Wohlgenuth, um denselben zu einem Widerruf zu veranlassen, widrigenfalls wir ihn vor der Öffentlichkeit bloßstellen würden, erklärte derselbe: „Er wisse gar nicht, was Antipathie heiße.“ Auf die Frage, wer ihm denn eigentlich den Auftrag gemacht habe, gab er antwortende Antwort. Einem Genossen wurde am ersten Pfingstfeiertage in einer Wirthschaft, wo er den „Kladderadatsch“ las, von einem Feldwebel folgende Liebenswürdigkeit zu Theil: „Wenn ich nur diese Bande mit Prügel reguliren dürfte.“ Unserm Genossen fiel es natürlich gar nicht ein, dem „gebildeten“ Vaterlandsverteidiger zu antworten und bot ihm keine Gelegenheit, seinen dadurch noch gesteigerten Muth zu fühlen.

**Suldesheim.** Die Schließung des hiesigen sozialistischen Wahlvereins, welche schon am 14. v. Mts. verfügt war, wurde am Freitag den 5. Juli vom königlichen Amtsgerichte definitiv bekräftigt und außerdem die fünf Vorstandsmitglieder zu 120 M.

Geldstrafe und Tragung der Kosten verurtheilt. Die zwei Vorsitzenden erhielten je 30 M. oder zehn Tage Gefängniß, die drei anderen je 20 M. oder acht Tage Gefängniß. Grund der Verurtheilung war die „Rundschau“ Nr. 1, 1878, die als Centralorgan, wie sich die Zeitung ja selber nenne, die Vermittlung der Correspondenz der verschiedenen Vereine unter einander leite. Durch das bloße Lesen eines Centralorgans correspondirten also verschiedene Vereine miteinander. Recht nett! Bezeichnend war die Schlussansprache des Richters: „Ich möchte Sie nur noch bitten, abzulassen von diesem Streben, denn wo soll das hinaus, wenn jeder Unterthan sich um höhere Politik bekümmert und mit solchen Dingen sich befaßt. Der Richter verlas einige polizeiliche Protokolle, darunter eins über eine Versammlung, in welcher Trade referirte, als er hier candidirte. Der polizeiliche Berichterstatter hatte etwas von „freier Liebe“ gehört, fugs beschuldigte man uns der Weibergemeinschaft, nicht wissend, daß gerade in den „höheren“, also antisozialistischen Ständen wahre Liebe verpönt und die Ehe zu einem Geschäft herabgesunken ist. Als wir noch erwidern wollten, wie selbst der Landtagsabgeordnete Advokat Dr. Götting in einer vor kurzem abgehaltenen liberalen Versammlung gesagt hatte: „Die Sozialdemokraten haben edle Ziele und humane Bestrebungen, die auch wir nicht nur anerkennen, sondern auch verteidigen müssen (warum aber bis jetzt nicht gethan?) wurden wir eiligst abgefertigt und auf die Appellation verwiesen.“

**Luxemburg.** Können wir auch nicht mit unseren englischen, schweizerischen und belgischen Parteigenossen wetteifern, so wollen wir doch an Größe der „Opferwilligkeit für die gute Sache“ unseren genannten Freunden nicht nachsehen; denn diese zählen nach Hunderten in ihren Reihen, während wir nur über die Wenigen verfügen, welche auch in der Fremde treu in Leid und Freud zur gerechten Sache halten. — Der hiesige Arbeiterstand ist leider noch sehr weit zurück, so daß die Sammellisten für „Peterepennige“ auf viel mehr Erfolg rechnen können, als die unfrigen, denn hier weht noch die finstere pfäffische Reaktion durch's Land. In der Verleumdung der Sozialdemokratie stehen unsere Zeitungen den bekannten Schmutz- und Lügenreptilien der deutschen Presse nicht nach; aber wir sind hier Alle der festen Meinung, daß die gesammte deutsche Arbeiterpartei am 30. Juli eine Antwort geben kann, welche beweist, wie wenig sichthaltig Verleumdung gegen eine gerechte und wahre Sache ist. — Noch bin ich beauftragt, den deutschen Genossen unsere volle Achtung auszusprechen über die imponirende Ruhe, welche die deutschen Arbeiter inmitten dieser „Hay“ bewahren, sowie das taktvolle Vorgehen der gesammten deutschen sozialistischen Presse, voran der „Vorwärts“ und die „Berliner freie Presse“, so daß der 30. Juli, mag er ausfallen wie er will, uns zur größten Ehre gereichen wird.

**Bersprengte Sozialisten Luxemburgs.**  
J. A.: F. G.

**Minden.** Die „Sozialistenhay“ treibt auch hier ihre lustigen Blüten, so konnten zwei von uns projekirte Versammlungen nicht abgehalten werden, weil der Wirth seine Lokalitäten ein für allemal für „sozialdemokratische Elemente geschlossen“ hat. Ferner gingen schon in der Pfingstwoche verschiedene Arbeitgeber in der bekannten Weise gegen „ihre“ Arbeiter vor, entweder Bestimmung her oder heraus auf die Strafe. Schließlich folgte dann am zweiten Tage nach dem Pfingstfeste noch das Kleidergeschäft B. L. Wolff Nachfolger, A. und M. Goldschmidt und verlangte den Arbeitern die Bestimmung ab. Auf Grund dessen kamen die Arbeiter und meldeten ihre Mißthatschast bei mir, (ich war Kassirer) ab, und war schließlich der Vorstand allein. Außerdem hatte auch der Vorstand seine Bestimmung „verschreiben“ müssen, und es schien uns am praktikabelsten, der Behörde die Auflösung anzuzeigen. Doch noch immer ist dem Regen herrlicher Sonnenschein gefolgt, und so wird denn auch Minden seiner Zeit die Erfahrung machen, daß die Sozialdemokratie wohl unter das Niveau des Wasserpiegels getaucht, aber nicht getödtet werden kann. Wenn wir auch nicht für unsern Candidaten agitiren können, so werden die Anhänger des Sozialismus trotzdem wissen, wen sie am 30. Juli 1878 zu wählen haben und ich glaube fest überzeugt sein zu dürfen, daß alle diejenigen, welche die in letzter Zeit gegen die Sozialdemokratie in Scene gesetzten Maßregelungen verachten — und das muß jeder redlich denkende Mann — nur ihre Stimme für unsern Genossen und Candidaten der Arbeiterpartei, Herrn B. Frid in Bremen abgeben werden.  
G. S.

**Briefkasten**  
der Expedition. E. S. hier. Wenn Sie uns besuchen wird Ihnen die gewünschte Auskunft werden.

**Quittung.** Sämt hier Ab. 0,60. Gewerkschaften hier Ann. 3,50. Dr. Rühr Rosman Ab. 3,00. Lgs Hannover Ab. 100,00. Wjan London Ab. 2,72. Scharz Lübeck Ab. 5,90. Artzshim Reuro Ab. 2,00. Brang Delisch Ab. 2,80. Nicht hier Ab. 9,00. Fid Kaaden Ab. 4,97. Fid Weiskirchen Ab. 9,52. Bich hier Ab. 150,00. Patral Eisdagen Ab. 1,85. Lw Berlin Ann. 2,40. Wlr Reichsbach Ab. 10,00. Lr hier Ab. 3,60. Gebstn Vindenan Ab. 33,60. Strn Bartenstein Ab. 1,80. Rdnr hier Ann. 1,20. Hdr hier Ab. 24,25. Rdgr Halle Ann. 0,80. Stk Offenbach Ab. 22,30. Lng Hamburg Ann. 18,00. Sprngr Bamberg Ab. 4,80. Cill Brissau Ab. 2,97. Hrd Radworna Ab. 1,75. Schar Mainz Ab. 32,00. Lgs Hannover Schrift 2,35. Darch Wignadil Ab. 4,95. Hnz London Ab. 12,24. Crlr hier Ab. 1,80. Lgs Hannover Ann. 0,90. Hdr Eisdagen Ab. 1,85. Jhr Friedebach Ab. 3,00. Dgl hier Schrift 5,55. Jngr Ab. 2,30. Deutscher Verein Seved Ab. 6,00. Hl Linz Ab. 2,10. Spdn Dornbirn Ab. 4,29. Frich Hof Ab. 7,70. Hchl Eilan Ab. 4,00. Tragl. Crimmitschau Ab. 58,25. Hrbdy Lindbrnd Ab. 10,00. Krsm hier Ab. 1,80. Hbrgrh Frankfurt Schrift. 4,70. Wlgr hier Ab. 1,69. Rnzr Jochenstein Schrift. 1,50. Hmann Berlin Schrift. 0,80. Scharz Jorchheim Schrift. 1,70. Scharlschmidt Wylan Schrift. 0,50. Stk Grosenhain Schrift. 2,00. Lng Lang Schrift. 1,50. Gnlgr Worms Schrift. 7,00. Scharz Crinis Schrift. 0,60. Bich hier Schrift. 4,10. Wlfrd Luxemburg Schrift. 10,40. Dvg Wiesbaden Schr. 2,00.

**Wahlfonds.**  
Ungenannt 0,23. Artzshim Reuro 3,00. Klub der bartlosen Burichen hier 3,40. Devaque Biberich 2,00. Jhr Friedebach 2,00. C. R. Framersbach 10,00. Vhd 2610 Sch. hier 8,05. M. i. R. 1,00.

Hrn. Carl Dirsch, Paris: Bitte um Nachricht im „Vorwärts“ ob Briefe erhalten. G. Wa. in Leipzig.

**Aufforderung.**  
Der Aufenthalt des Christian Friedrich Louis Edarius, den 13. Juni 1862 in Gotha geboren und nach seiner Eltern Tod in Eichenberga bei Gotha bei den Großeltern erzogen, daselbst 1876 consernirt, am 16. Januar 1877 aus der Lehre in Gotha entlassenen, hat bis heute noch nicht ermittelt werden können, woüber die Großeltern sehr beorgt sind. Der Pastor Lohse in Eichenberga hat f. B. dem Betreffenden zu seinem Fortkommen Papiere ausgestellt. Ich bitte alle, die dies können, mir Nachricht über Edarius zugehen zu lassen.  
Leipzig, den 9. Juli 1878.

Friedr. Faldner, Antonstraße Nr. 21.  
1,20)

**Aufforderung.**  
Theodor Kraus, Buchbinder aus Krain, letzte Zeit in Rottweil am Neckar in Condition, wird hiermit aufgefordert seinen Pflichten gegenüber dem Allgemeinen Arbeiter-Verein in Innsbruck nachzukommen. Für den Ausschuß: E. Frischenwenger, 1. Schriftführer.

**Kirchberg, 9. Juli.** Die Genossen und Vertrauensmänner von F. Han, Cullisch, Niedererentz, Bärenwade und Biesen werden ersucht sich Sonntag, den 14. Juli, Nachmittags 3 Uhr in Kirchberg in der Restauration „zur Sonne“, zur Besprechung wichtiger Wahlanglegenheiten einzufinden zu wollen. Der Vorstand.

**Hamburg, 10. Juli 1878.** Angeblich wegen Uebertretung des Preussischen Vereinsgesetzes habe ich eine Gefängnißstrafe von 20 Tagen verbüßt und zwar in der Zeit vom 18. Juni bis 8. Juli. Während dieser Zeit fand in meiner Wohnung eine polizeiliche Hausdurchsuchung statt, wofür ich unter andern eine Anzahl eingelaufener Briefe mit Beschlag belegt wurden. Da ich den Inhalt derselben nicht kenne, so ersuche ich hiermit sämtliche Genossen, welche in dieser Zeit Briefe wichtigen Inhalts an mich gesandt haben, ebenfalls diejenigen, welche auf ihre Briefe Antwort erwarten, nochmals an mich zu schreiben.  
Wilsch. Wilmann, Spedekgang 3 III.

**Hannover.** Bürgerlichen Privat-Mittagstisch à 45 Pf., im Abonnement M. 3,00 pro Woche, empfiehlt  
J. Wüller, Langestr. 21, 2. Et.  
[0,90]

Wir empfehlen:  
**Drei Jahre aus meinem Leben**  
oder  
**Mein Prozeß**  
Erregung von Mißvergnügen und Unzufriedenheit, meine Suspension und Wiedereinführung ins Lehramt.  
1845—1847.  
Von  
**R. F. W. Wander.**  
Preis Mark 1,50.  
Es ist ein alter Veteran der Volksache, aber einer von den wenigen, die ihrer Ueberzeugung treu geblieben sind, der in der vorliegenden Schrift zu uns spricht. Die Periode vor dem Jahre 1848 ist der jetzigen Generation völlig unbekannt; um so wichtiger, wenn Erinnerungen wie die vorliegenden zu ihrer Kenntniß gelangen, um ihr zu zeigen, welche Fortschritte wir trotzallem in 30 Jahren gemacht haben. Wie wird es nach weiteren 30 Jahren aussehen? Diese Frage drängt sich jedem Leser auf. — Die Schrift fñhet unter anderem das Bild eines Menschen vor, der heute noch eine Rolle spielt: des jetzigen Igl. preussischen Geheimraths und Verschönerungsfabrikanten Stieber; außerdem einige hochinteressante Verteidigungsschriften des Justizrats Robbe, Vertheidiger Wanders. Letztere sind Muster logisch-juristischer Dialektik und philosophischer Gründlichkeit.  
Die Expedition des „Vorwärts“.  
Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen:  
Vorant, Religion und Sozialismus . . . . . M. —,40  
— Die religiöse Frage und das arbeitende Volk . . . . . —,25  
Geiser, Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung . . . . . —,60  
Liebknecht, Zur orientalischen Frage oder soll Europa sozialisch werden . . . . . —,30  
— Die Orientdebatte im deutschen Reichstage . . . . . —,30

**LE CONGRÈS INTERNATIONAL DU DROIT DES FEMMES**  
aura lieu le 25 juillet prochain à Paris. — Il sera partagé en 5 sections:  
1<sup>o</sup> Histoire. — Conditions sociales de la femme à diverses époques.  
2<sup>o</sup> Pédagogie. — Education; instruction; hygiène.  
3<sup>o</sup> Economie sociale. — Travail; salaire; professions.  
4<sup>o</sup> Morale. — Morale générale; morale individuelle. Causes de la prostitution.  
5<sup>o</sup> Législation. — Mariage; puissance maritale; divorce; recherche de la paternité.  
Commissaire général: Léon Richer. — Adresser franco tous les renseignements concernant l'Allemagne à Mlle Eugénie Pierre, 4 rue des Deux-Gares à Paris.  
Pour copie conforme  
Le délégué berlinois  
Edmond Potonié.

Prachtvoll und solid gearbeitete  
**Einbanddecken**  
(Goldpressung) für die  
„Neue Welt“ Jahrgang 1876 u. 77  
sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchhandlung von G. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteurs und Filial-Expeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten des Empfängers.  
NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effectuirt von der Expedition der „Neuen Welt“, Leipzig, Färberstr. 12.

**Wahlagitationsnummer.**  
Den vielen Reklamanten zur Nachricht, daß wir, da die Genossenschaftsbuchdruckerei unseren Bedarf an Wahlagitationsnummern nicht decken kann, außer Stande sind nach Verlangen zu liefern.  
Bis Mitte nächster Woche wird es uns möglich werden, die bis jetzt eingegangenen Bestellungen zu effectuiren.  
Neubestellungen werden vor dem 22. d. M. kaum zum Versandt gelangen können.  
Leipzig, 11. Juni 1878.  
Die Expedition des „Vorwärts“.

**Die Neue Welt.**  
Illustriertes Familienblatt.  
Preis vierteljährlich M. 1,20, in Heften (3 Wochennummern enthaltend) à 30 Pfg.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und die Expedition der „Neuen Welt“, Färberstraße 12 II. Leipzig entgegen.  
Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzler in Leipzig.  
Redaktion und Expedition Färberstr. 12 II. in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.